

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 10,40.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 M.,  
für Versammlungsanzeigen 2 M. pro Zeile.

## Die Geldentwertung und ihre Folgen.

(Nachdruck verboten.)

### III. Die Wirkungen auf die Volkswirtschaft.

Die geheimnisvolle Notenpresse, die in diesen Jahren unseres materiellen Mißvergnügens ununterbrochen Tag und Nacht Papiergeld produziert, ist — wie wir gezeigt haben — nicht die Ursache unseres Währungsverfalles, sondern nur die gehorsame Dienerin des Staates, den sie vor dem offenen Bankrott, der Einstellung aller Zahlungen, schützt. Solange es kein Papiergeld gab, war der Staat am Ende seines Lateins, sobald er seinen Goldschatz durch die laufenden Zahlungen, denen keine entsprechenden Einnahmen aus Steuern gegenüberstanden, erschöpft hatte; so kam es leicht zur Zahlungseinstellung, der Bankrotterklärung. Heute kann dieser Zustand kaum eintreten; der Staat druckt eben Noten, um alle Ausgaben zu decken und druckt so viele Noten als er benötigt. Zudem er das tut, schafft er Kaufkraft, das heißt, alle diejenigen, denen er seine Banknoten in die Hand drückt, können damit Güter kaufen. Da sich aber das gesamte Volksvermögen inzwischen nicht vermehrt hat, so ist es klar, daß die gesamte Kaufkraft, die in der Wirtschaft vorhanden, daß das alte Papiergeld mitsamt dem neuen, das der Staat geschaffen hat, genau soviel insgesamt kaufen kann, wie vorher die kleinere Menge Papiergeld. Die neuen Milliarden, die der Staat frisch von der Notenpresse in den Verkehr pumpt, vermindern automatisch den Wert des übrigen im Besitz seiner Staatsbürger befindlichen Geldes, also die dem Geld innewohnende Kraft, Waren des täglichen Bedarfs einzukaufen. Es wäre also eine arge Täuschung, wenn jemand glauben würde, daß der Staat dadurch, daß er „Geld macht“, uns ungeschoren läßt. Keineswegs! Indem er seine Beamten und Arbeiter, seine Lieferanten bezahlt, indem er in Erfüllung des Friedensvertrages ausländisches Geld (also Devisen) kauft und dafür Banknoten schafft, nimmt er allen von der Kaufkraft des Geldes etwas weg, — es ist die uns so wohlbekannte Tatsache, daß der Geldwert unter unsern Augen zusammenschmilzt und daß wir rasch in die Läden stürzen, um uns lebensnotwendige Waren anzuschaffen. Neben diese Tatsache sind sich die wenigsten klar, obwohl sie ganz selbstverständlich ist. Wenn das nicht wäre, so gäbe es ja nichts Einfacheres, als die Kriegsschulden und alles übrige, das unsern Staat beschwert, durch Notendruck schnelligst abzuführen. So sehen wir aber, daß es für die verantwortlichen Staatsmänner nichts Verantwortlicheres gibt, als neue Banknoten zu bestellen — sie bedeuten eben nichts anderes, als eine in diesem Umfang bisher unbekannt, tief in unsere wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eingreifende indirekte Steuer. Aber eine indirekte Steuer von besonderer Art. Wenn sonst im Staatshaushalt ein Loch durch indirekte Besteuerung, durch Schröpfung des Konsums gestopft werden sollte, so geschah das nach sorgfältigster Ueberlegung. Wenn man auch nicht gerade sozial verfuhr, so suchte man die Steuer doch wenigstens so zu veranlagern, daß sie nicht gerade die Bedürftigsten traf. Trotzdem wurden diese meist niedrigen indirekten Steuern, die nicht abgewälzt werden konnten, mit vollem Recht von den Arbeitern aller Länder erbittert bekämpft. Denn es bestand auf Seiten der herrschenden Klassen stets die Neigung, sich auf Kosten der großen Massen zu entlasten. Eine solche indirekte Steuer konnte aber in ihrem unsozialen Charakter aufgezeigt und in den Mittelpunkt von Machtausgleichungen zwischen den Klassen gestellt werden.

Anderes ist es mit dieser heimlichen, schleichen indirekten Steuer der Inflation. Ihr Gift bleibt lange verborgen; es kann Jahre dauern, bis es allen deutlich vor Augen tritt, daß hier im Verborgenen eine Besteuerung gewirkt hat, die völlig wahllos Gerechte und Ungerechte trifft.

Sie verschiebt ohne jedes Ordnungsprinzip alle Besitzverhältnisse, ohne Rücksicht auf soziale Gerechtigkeit alle Einkommensbildungen.

Was geschieht also der Wirtschaft im ganzen genommen und dem einzelnen Wirtschaftssubjekt bei dieser Wertveränderung der staatlichen Zahlungsmittel?

Würden die Geldveränderungen ganz gleichmäßig fallen, würden alle wirtschaftlichen Vorgänge gleichmäßig getroffen, die Löhne und Gehälter gleichmäßig erhöht — kurz und gut: würde auf der ganzen Linie, in der ganzen Volkswirtschaft überall dort, wo früher 1 Mark als Preis für Ware oder Arbeitskraft gezahlt wurde, nunmehr 10 oder 100 oder 1000 Mark gefordert und bezahlt werden, so hätte sich in der Wirtschaft und in den sozialen Verhältnissen, unter denen die Wirtschaft besteht, nicht das geringste verändert. Die Wirtschaft ließe ihren alten Gang, die Anteile von Kapital und Arbeit am Produktionsertrag wären die alten; die Einkommen und Warenpreise hätten nur einen andern Namen erhalten. Nunmehr wechselt aber der Wert des Geldes, und zwar nicht für alle gleichmäßig. Der englische Nationalökonom Keynes schildert den Vorgang, der sich heute abspielt, folgendermaßen: „Die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Menschen haben sich nicht alle in demselben Verhältnis verändert. Auf diese Weise trifft die Veränderung in Preisen und Löhnen, am Geldwert gemessen, die verschiedenen Klassen ungleichmäßig, überträgt den Reichtum von einer Klasse auf die andere, bringt hier Ueberfluß und dort Verlegenheit mit sich und verteilt Fortunas Gaben so, daß alle Pläne vereitelt und alle Erwartungen getäuscht werden.“

Wir nehmen uns nunmehr die Klassen der Gesellschaft vor und werden an ihnen die verhängnisvollen Wirkungen und Folgeerscheinungen der Geldwertveränderung aufzeigen. Da sind zunächst die Kapitalbesitzer, also die Besitzer von Unternehmungen, die Fabrikanten, die Inhaber von Handelsfirmen, die Aktionäre, also die Besitzer von Aktien und Obligationen, auch Effekten genannt, die durch diesen Aktienbesitz Teile der Industrie und des Gewerbes innehaben und, arbeitslos, vom Reinertrag profitieren. In ihren Händen befindet sich der größte Teil der nationalen Wirtschaft, sie haben die Verfügungsgewalt über Erzeugung (Produktion) und Verteilung (Handel, Zirkulationsprozeß). Wie die kapitalistische Wirtschaft aufgezoogen ist, haben diese Gruppen vollkommen freie Verfügungsmacht über ihr Einkommen — sie sind die merkwürdigen „Trennhändler“ der Volkswirtschaft, Leben und Tod der Produktion ruht in ihren Händen, in ihrem Belieben. Sie können selbst und ohne jede Verpflichtung gegen die Allgemeinheit darüber bestimmen, was sie von ihrem Einkommen verbrauchen und was sie zurücklegen wollen, um es wieder in die Wirtschaft zurückzuführen. Ihr Interesse ist der Stern, der sie führt. Der Profit ist ihr Gott. So hängt das Schicksal der Volkswirtschaft davon ab, ob diese Gruppen wirklich akkumulieren, das heißt, ob sie auf gegenwärtigen Verbrauch, gegenwärtigen Genuß, gegenwärtigen Luxus verzichten, um auch in Zukunft ein auskömmliches Leben führen zu können. Das Interesse um die Zukunftsgestaltung ihrer Einkünfte veranlaßt sie also, einen Teil ihres Einkommens nicht zu verbrauchen, sondern in die Produktion zurückzuführen, um die Maschinen, Gebäude usw. zu erhalten und so den Fortgang der Erzeugung sicherzustellen oder sogar um die Produktion zu erweitern und so auf Grund eines größeren Umsatzes in Zukunft ein größeres Einkommen für sich selbst verwenden zu können.

Wir sehen also, daß durch die in der kapitalistischen Wirtschaft gegebene unsittliche Verknüpfung von Privatinteresse und Güterversorgung der Wirtschaft und damit der Existenz jedes einzelnen von uns, die Frage nach dem Einfluß der Geldentwertung gleichzeitig die Frage nach dem Schicksal der Volkswirtschaft in Zeiten der Geldentwertung ist.

Wie wir alle wissen, herrscht seit dem Einsetzen der Geldentwertung bei uns und in allen Staaten, die eine ähnliche Erscheinung aufzuweisen haben, fast in allen Gewerben Konjunktur, insbesondere aber in jenen, die auf Export und Import angewiesen sind. Die ständige Entwertung des Geldes führt dazu, daß das deutsche Geld auf den internationalen Börsen unterwertet wird, — der Ausländer kauft also, wenn er seine Valuta gegen deutsche eintauscht, in Deutschland mehr Waren für dieselbe Summe, als in seiner Heimat, dazu kommt, daß der deutsche Unternehmer auch aus andern Gründen billiger produziert, insbesondere — wie wir noch ausführlich zeigen werden — weil er die Arbeitskraft weit billiger erhält als sein Kollege in England oder Amerika.

Wir sehen also seit Jahren eine ununterbrochene Konjunktur, die Arbeitslosigkeit ist so gering wie niemals zuvor, die Fabrikschlote rauchen und die Firmen können die Aufträge vielfach kaum bewältigen. Also Reichtum, Ueberfluß, sorglose Fälle, glänzende Ausweitung der Produktivkraft der Wirtschaft, Verbesserung und Erneuerung der gesamten Wirtschaftsmaschine? An dieser Frage scheiden sich die Geister — und zwar nicht nach Parteien oder nach Praktikern und Theoretikern — sondern der Riß geht mitten durch. Die einen sagen (und zu ihnen gehören viele mißgünstige Beobachter des Auslandes), die gesamte deutsche Industrie hätte sich, während die Weltwirtschaftskrise in andern Ländern Verheerungen angerichtet hat, „gesund gemacht“, kein Land hätte so sehr den im Kriege heruntergewirtschafteten Produktionsapparat, aber nicht nur den, sondern alle veralteten Produktionen, durch neue ersetzt, Deutschland hätte einen Vorsprung, den die andern nie einholen würden. Hingegen behaupten andere, nicht minder ernst zu nehmende Beobachter: unsere Wirtschaft ist verarmt, wir haben unsere „Goldwerte“ gegen Papiermark ans Ausland auf eine unerhörte Weise verschleudert, unsere Goldwerte sind zertrümmert, sobald wir in die Weltwirtschaft wieder in normaler Weise eingegliedert sind, wird sich zeigen, daß wir an Kapitalkraft geschwächt, nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Je mehr wir arbeiten — sagen sie — desto ärmer werden wir.

Was ist nun wahr? Eine eindeutige Antwort zu geben, ist nicht leicht. Die Statistiken sind unvollständig, wir wissen so gut wie nichts über Aufbau und Umfang der gegenwärtigen Produktion, das Fehlen einer „Produktionsstatistik“ hat sich niemals unangenehmer bemerkbar gemacht, als gerade jetzt; und auch die Bilanzen, an denen man einst wie an einer Skala die Lage der Wirtschaft abmessen konnte, sagen heute nichts mehr, sie sind — wie ein besonderer Kenner sich unlängst ausdrückte — „Berierbilder geworden, die den Bilanzkritiker an der Nase herumführen und vielleicht nur noch den Beteiligten bei der Aufstellung und Zurechtstufung für die Öffentlichkeit einigen Spaß machen“.

Zunächst ist einmal zu sagen, daß irgendein Zweifel für die Landwirtschaft nicht bestehen kann. Die Landwirte haben sich rangiert. Die Geldentwertung hat ihre in Goldmark aufgenommenen und in Papiermark zurückzahlbaren Hypotheken weggesegt. Sie haben, sofern sie nicht vom Wahnsinn geschlagen, ihre Gewinne in Strümpfen, Truhen und Milchkannen aufgehoben, ihre Gebäude wieder hergestellt, ihren Maschinenbestand erweitert, ihren durch den Krieg verminderten Viehstand zum großen Teil ergänzen können. Sie haben bei niedrigen Löhnen (wesentlich niedriger als in der Industrie) und sonstigen niedriggehaltenen Gesehungskosten ihre Produkte zu hohen, nach und nach dem Weltmarkt angenäherten Preisen verkauft und waren dabei unbegegrifflicher Weise noch immer von der Steuergehegung bevorzugt. Ein Großteil der Kaufkraft floß in ihre Taschen, und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß

sie sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, diese also vielfach bewuchert haben.

Nicht mehr so eindeutig kann die Frage nach den Wirkungen der Geldentwertung auf den Handel beantwortet werden. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß es um den Kleinhandel trotz der erheblichen Gewinne nicht gut steht.

Das gilt natürlich in mancher Beziehung auch für den Großhandel. Wer er ist kapitalkräftiger, widerstandsfähiger, hat Kredit bei den Banken. Und während der kleine Händler und Kaufmann denn doch unter der Kontrolle seiner Kunden steht, die ihm auf die Finger sieht und das uferlose „Hinausnumerieren“ verhindert, so entzieht es sich in den meisten Fällen völlig der Kontrolle, was hinter den herabgezogenen Rolläden der großen Kaufleute geschieht.

Aber ganz abgesehen davon, ist die Anpassung der Warenpreise an den Dollarstand ungerechtfertigt, da doch nur ein Teil der in den Waren befindlichen Substanz auf dem Weltmarkt eingekauft wird und alles übrige, sowohl die übrigen Rohstoffe als insbesondere die Arbeitskraft, tief unter dem Weltmarktpreis sich hält.

Der nächste Aufsatz soll die schwierige Frage der Einwirkung auf die Industrie, also auf den Anknüpfungspunkt unserer Volkswirtschaft, behandeln, der fünfte und letzte Artikel dieser Aufsatzreihe die für uns wichtigste und brennendste Frage: Der Einfluß auf die Massen des arbeitenden Volkes, die neben dem zusammengebrochenen sogenannten Mittelstand die ganze volle und schwere Last dieser verhängnisvollsten aller indirekten Steuern zu tragen haben.

Die Gewerkschaften und die Teuerung.

Die Vorschläge der Gewerkschaften gegen die Teuerung haben, wie wir der Tagespresse entnehmen — der Gewerkschaftspresse sind Mitteilungen darüber nicht zugegangen — bisher die erhoffte Wirkung nicht gezeigt.

energische Maßnahmen entgegenzutreten? Wie lange noch soll sich das Volk das Unwesen an der Börse gefallen lassen? Es ist allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich entschieden zugreift.

Inzwischen hat das preussische Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, die den allerschlimmsten Auswüchsen bei der Preisbildung entgegenwirken soll. In ihr wird darauf hingewiesen, daß man es heute an einer gewissenhaften Preisberechnung gänzlich fehlen lasse und die Preise ohne Rücksicht auf Herstellungskosten, auf Inlands- oder Auslandsmare einfach nach den höchsten Dollarkursen festsetze und daß ferner die tägliche Erfahrung zeige, daß vielfach Waren in der unlauteren Absicht, sie später zu ungleich höheren Preisen abzusetzen, auch gegenüber dem inländischen Käufer zurückgehalten werden.

Diese Maßnahmen können natürlich durchaus nicht befriedigen, zumal ihre Wirkungen höchst zweifelhaft sind. Die gewerkschaftlichen Forderungen zeigen den Weg, der beschritten werden muß. Sollen die allerschlimmsten Auswirkungen des immer unerträglicher werdenden Zustandes, vor allem auf dem Gebiete der Volksernährung, eingedämmt werden, dann ist für ein energisches Vorgehen die höchste Zeit.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Neue Beitragsklassen.

In Nr. 31 dieses Blattes machten wir bereits bekannt, daß infolge der bis dahin stattgefundenen Lohnsteigerungen 6 neue Beitragsklassen (die 13. bis 18.) eingeführt werden müßten.

Inzwischen sind infolge der ungeheuren Marktentwertung und der damit verbundenen Preissteigerungen in flottem Tempo weitere Lohnsteigerungen erfolgt, so daß bereits die 36. Beitragsklasse erreicht ist. Die Warten hierfür stehen zur Verfügung. In der nächsten Nummer werden wir die Beitragsklassen von 19 bis 36 ziffernmäßig aufzählen, ebenso die damit verbundenen Unterstufungsklassen.

Beitragsleistung.

Table with 3 columns: Die Woche vom, 8. Sept., 9. Sept., 26. Sept. showing contribution amounts for different weeks.

Der Zentralvorstand.

Ausere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Kaiserslautern, Lüneburg und Stadtilm (Arnstadt).

Gesperret ist in Voizenburg a. d. Elbe das Werk zur Verwertung von Heeresgut.

Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, den wir im ersten Entwurf bereits in Nr. 17 des „Zimmerer“ laufenden Jahrganges veröffentlichten und dessen Veränderungen nach den Zuliverhandlungen in Nr. 28 des „Zimmerer“ bekanntgegeben worden sind, wird, wiederholten Anregungen aus dem Verbands entsprechend, in der nächsten Nummer vollinhaltlich zum Abdruck kommen.

Erfolgreiche Verhandlungen in Berlin. Das Bezirkslohnamt für Groß-Berlin fällt am 28. August einen Schiedsspruch, der eine Lohnsteigerung von 45 auf 68 M. die Stunde vorstellt.

Lohnregelung für Danzig. Die Unternehmer hatten am 11. August den Lohn um 4 M. erhöht; in weiteren Verhandlungen wurde folgender Lohn vereinbart: Der Lohn beträgt vom 18. August an 45 M., vom 25. August an 50 M., vom 1. September an 55 M. und vom 8. September an 60 M.

die Stunde. In diesen Stundenlöhnen sind 1,25 M. Geschirrgeld enthalten.

Neue Löhne für die Provinz Brandenburg. Die Verhandlungen des Bezirkslohnamtes für das Baugewerbe der Provinz Brandenburg zur Regelung der Löhne für den Monat September fanden am 25. August in Berlin statt.

Lohngruppe A: Brandenburg, Cottbus, Oberwalde, Forst, Frankfurt, Fürstenwalde, Guben, Kremmen, Luckenwalde, Nauen, Rathenow, Senftenberg, Spremberg, Trebbin, Werder, Wittenberge, Jossen. Lohngruppe B: Beelitz, Briesen, Buckow, Cistrin, Dobrilugt-Kirchham, Finsterwalde, Friesack, Fürstberg, Gassen, Kogez, Landsberg, Lübben, Müncheberg, Plaue, Prietzer, Sommerfeld, Sorau. Lohngruppe C: Angermünde, Arnswalde, Bad Schönfließ, Bärwalde, Belgitz, Brück, Calau, Croßen, Driesen, Drossen, Havelberg, Karstädt, Ketzin, Königsberg, Kyritz, Lehnin, Lenzen, Luckau, Meseritz, Meyenburg, Neubarnim, Neustadt-Wusterhausen, Perleberg, Prizwall, Pullitz, Reppen, Schwerin, Schwiebus, Sternberg, Treuenbrietzen, Weiskau, Wiech, Wiltsdorf, Wittstock, Zäckeritz, Zellin, Ziesingen, Zielenzig, Züllichau. Lohngruppe D: Berlin, Friedeberg, Jüterbog, Lippehne, Lychn, Niemege, Prenzlau, Schmedt, Soldin, Strasburg, Templin, Woldenberg, Zehdenick. Lohngruppe E: Voizenburg, Fürstnerwerder, Gerswalde.

Der vom Bezirkslohnamt ermittelte Durchschnittslohn beträgt zurzeit in Gruppe A 40, in Gruppe B 38,50, in Gruppe C 35, in Gruppe D 33,25, in Gruppe E 31,50 M. pro Stunde. Auf den für Gruppe C ermittelten Stundenlohn von 35 M. werden 50 % zugelegt (17,50 M.). Diese Summe wird ebenfalls zu den Durchschnittslohnen der andern Gruppen zugelegt, so daß der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer in Lohngruppe A 57,50, in Lohngruppe B 56, in Lohngruppe C 52,50, in Lohngruppe D 50,75, in Lohngruppe E 49 M. beträgt.

Für geübte Bauhilfsarbeiter beträgt der Stundenlohn 5 % weniger mit der Maßgabe, daß auf 5 M. nach oben abgerundet wird.

Zimmerleute erhalten 50 M. Wertzeuggeld pro Stunde. Die neuen Löhne sind ab 1. September zu zahlen. Die Parteien haben dem Schiedssprüche zugestimmt.

Schiedsspruch für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Cuxhaven.

Nach einer am 22. August in Hamburg erfolgten Vereinbarung tagte am 28. August in Kiel das Bezirkslohnamt. Nach eingehender Besprechung unter den Parteien und Würdigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse wurde folgender Schiedsspruch gefaßt:

Für die Zeit vom 24. August bis 30. September 1922 wird auf die durch das Bezirkslohnamt am 31. Juli 1922 festgesetzten Löhne gewährt: 1. für das Lohngebiet Groß-Hamburg I bis IV den Facharbeitern einschließlich Maschinen- und Heizer ein Zuschlag von 28 M., den Bauhilfs- und Ziebauarbeitern ein solcher von 27 M. stündlich. 2. für die übrigen Vertragsgebiete sämtlichen Arbeitnehmern ein Zuschlag von 55 % unter Abrundung der sich danach ergebenden Pfennige auf volle 10 M. nach oben. 3. für die Zimmerer und Maurer wird für die unter Nr. 2 genannten Vertragsgebiete das Geschirrgeld um 15 M. erhöht. 4. Falls sich die jetzige Inbeziffer von Hamburg (7989,91) bis zum 15. September 1922 um 10 % erhöht, soll durch das Bezirkslohnamt — ohne Vorverhandlung im Plenum — am 18. September 1922, 11 Uhr vormittags, in Neumünster für die Zeit ab 18. September eine neue Lohnregelung für das gesamte Vertragsgebiet erfolgen.

Von den Vertretern der Unternehmer wurde die Erklärung abgegeben, daß sie dem Schiedsspruch zustimmen. Die Arbeitervertreter erklärten, für die Annahme eintreten zu wollen. Die Auszahlung der vereinbarten Löhne soll Freitag, den 1. September, erfolgen.

Für Groß-Hamburg erhöht sich demnach der Stundenlohn auf 79,50 M.

Für das Zahlstellen- und Wirtschaftsgebiet Kiel ergeben sich nachstehende Löhne: Lohngebiet Kiel und Kieler Außenförde Zulage 23,45 M., Stundenlohn 66,30 M.; für das Lohngebiet Preetz Zulage 22,65 M., Stundenlohn 64,15 M.; für das Lohngebiet Boorde Zulage 22,25 M., Stundenlohn 63 M.; für das Lohngebiet Bordesholm Zulage 21,85 M., Stundenlohn 61,85 M. In diesen Stundenlöhnen ist für Zimmerer eine Wertzeugenschädigung von 75 M. pro Stunde eingerechnet. Für das Lohngebiet Schönberg war bisher ein um 10 % geringerer Lohn als in Kiel vereinbart; demnach würde der Stundenlohn dort 59,70 M. betragen. Es ist aber weiter vereinbart, daß, sobald die Lohn Differenz zwischen Kiel und Schönberg mehr als 3 M. beträgt, neu verhandelt werden soll.

Schiedsspruch für Rheinland. Am 25. August tagte das Bezirkslohnamt in Köln. Es entschied, daß vom 31. August an der Stundenlohn in allen Lohnklassen um 25 M. zu erhöhen ist. Außerdem sollen die Stundenlöhne in Coblenz und Trier dem Stundenlohn in Bonn und der in Erkelenz dem in Düren gleichgestellt werden.

Schiedsspruch für die Provinz Schlessen. Am 24. August entschied der Schlichtungsausschuß in Breslau, daß für die Zeit vom 1. bis 15. September auf alle Augustlöhne ein Lohnzuschlag um 14 M. pro Stunde zu erfolgen hat. Die Wertzeugenschädigung wurde auf 60 M. pro Stunde festgesetzt.

Lohnverhandlungen in Pommern. Am 30. August fanden vor dem Bezirkslohnamt Verhandlungen statt. Es wurde festgelegt, daß für Mittel- und Vorpommern der Stundenlohn vom 1. September an je nach der Lohngruppe 54 bis 58 M. zu betragen hat. In diesem Lohnsatz ist 1 M. für Werkzeug enthalten. Für Groß-Stettin, worüber besonders

verhandelt wurde, ist der Stundenlohn auf 69 M., einschließlich 1 M. für Werkzeug, festgelegt worden.

Bezirkliche Vereinbarungen für die Provinz Hannover. Am 25. August wurde vereinbart, daß vom 23. bis 25. August an, je nach der Lohnwoche, eine Steigerung des Lohnes um 5 M. eintritt.

Schiedsspruch für Bayern. Am 27. August wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Arbeitszeit: Es gilt § 3 Ziffer 1 Absatz I des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe vom 6. Juli 1922 mit folgendem Zusatz: „Wo zurzeit eine kürzere Arbeitszeit besteht, kann sie auf 48 Stunden erhöht werden, wenn es die Verhältnisse erfordern.“

2. Der Stundenlohn wird vom 1. September 1922 an wie folgt festgesetzt: In Ostklassen

Table with 5 columns (I, II, III, IV, V) and 2 rows of wage data for different classes.

und vom 15. September an

Table with 5 columns (I, II, III, IV, V) and 2 rows of wage data for different classes.

3. Die Vereinbarungen vom 31. Mai und 6. Juni 1922 bilden mit folgenden Änderungen einen Bestandteil des Lohn- und Tarifvertrages für das Baugewerbe in Bayern rechts des Rheines.

4. Alle weitergehenden Anträge sind durch vorstehende Bestimmungen abgelehnt.

Vereinbarung für Hessen und Hessen-Raffan. Verhandlungen vom 31. August führten zu einer Vereinbarung, laut der der Stundenlohn vom gleichen Tage an für den Monat September wie folgt festgelegt wird:

Table with 4 columns (I, II, III, IV) and 2 rows of wage data for different groups.

Die Parteien waren sich einig, daß, unabhängig von dieser Vereinbarung, in der Mitte des Monats September zu außergewöhnlichen Verhältnissen erneut Stellung genommen werden muß.

Lohnbewegung in Württemberg. Am 29. August tagte das Bezirkslohnamt.

Vereinbarung für Ostpreußen. Am 31. August haben die schon mehrere Tage vorher eingeleiteten Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß geführt.

Tarifabschluß und Lohnvereinbarung im Freistaat Sachsen. Am 15. und 16. August fanden in Leipzig Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages statt.

Chemnitz. Eine am 21. August im „Kososseum“ stattgefundene Zimmererverversammlung nahm Stellung zu den neuen Lohnabmachungen am 16. und 17. August in Leipzig.

Kiel. (Halbjahresbericht.) Die Hoffnung auf eine günstigere Entwicklung unseres hiesigen Wirtschaftslbens, vornehmlich des Baugewerbes, ist bisher nur zum Teil in Erfüllung gegangen.

Table with 3 columns (1. Quartal, 2. Quartal, Insgesamt) and 2 rows of unemployment data.

In die Arbeitslosenstammrolle wurden 295 Kameraden eingetragen, die im ersten Quartal für 1789 Tage 9757 M und im zweiten Quartal für 88 Tage 442,60 M Arbeitslosenunterstützung erhielten.

handlung mit der Innung fanden die Löhne der Lehrlinge eine Erhöhung von 2 M im ersten Lehrjahr, 3 M im zweiten Lehrjahr und 4 M im dritten Jahr auf 4, 6 und 8 M pro Stunde.

Die Lohnverhandlungen fanden ihren Abschluß überwiegend durch die Fällung eines Schiedsspruches vom Bezirkslohnamt, nur in einzelnen Fällen durch Vereinbarung.

Lohnübersicht für das 1. Quartal 1922.

Table with 6 columns (Januar, Februar, März) and 2 sub-columns (Zulage, Stbl.) for various locations.

Lohnübersicht für das 2. Quartal 1922.

Table with 6 columns (Januar, Februar, März) and 2 sub-columns (Zulage, Stbl.) for various locations.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Die Lohnfrage, der Reichstarifvertrag, Anträge und Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse neben einigen Vorträgen bildeten den Verhandlungsstoff unserer Versammlungen.

Weltkrieges habe sich die Gewerkschaftsbewegung, abgesehen von einzelnen Mißschlägen in den Krisenjahren, in immerwährend aufsteigender Linie bewegt. Hand in Hand mit der Erstarkung der Gewerkschaften sei die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegangen, wenn auch nicht behauptet werden könne, daß das zu erstrebende Ziel erreicht worden sei. In dieses Arbeiten habe der Weltkrieg eingegriffen. Daß auch unser Verband durch den Verlust vieler in der Blüte des Lebens stehender Kameraden stark gelitten habe, sei schon recht oft zu hören gewesen. Um die Lücken auszufüllen, müsse die Jugend gewonnen werden. Die jungen Kameraden zu erziehen, sie rechtzeitig mit allen Funktionen im Verbande vertraut zu machen und sie als kommende Träger unseres Verbandes auszubilden, sei eine unserer jetzigen Aufgaben. Daß es uns gelungen sei, die Position unseres Zentralverbandes so zu stärken, sei der Mithilfe jedes einzelnen Kameraden zu danken. An den jugendlichen Kameraden liege es nun, das Errungene festzuhalten und weiter auszubauen zum Wohle des einzelnen und zum Nutzen der Allgemeinheit. Dazu sei das erste Erfordernis, alle Lehrlinge dem Verbande zuzuführen; denn Voraussetzung zur Erreichung unserer Ziele sei die restlose Organisation aller Zimmerer. Den Begriff der Lohn- und Tarifverträge den Lehrlingen klarzumachen, war Kamerad Kempt bestimmt. Zurückgreifend auf das in früheren Zeiten übliche Verhältnis, anfangend von dem Zunftwesen und übergehend zu den heutigen modernen Tarifverträgen, zergliederte der Redner die den Verträgen innewohnenden Gedanken. Das Verhältnis des Gesellen zum Meister in früheren Zeiten sei ein rein familiäres gewesen, wenn auch zugegeben werden müsse, daß Streitigkeiten zwischen Gesellen und Meistern ebenfalls vorgekommen seien. Mit der Entwicklung zum Industriestaat hätte sich auch die Form im Arbeitsverhältnis geändert und die Arbeiterbewegung eine andere Richtung angenommen. So habe sich im Bauberuf das Vertragsverhältnis von den örtlichen Abmachungen mit einzelnen Unternehmern bis zu dem heutigen komplizierten Reichstarif entwickelt, dessen Bestimmungen, um sie richtig zu kennen, ein sehr eingehendes Studium erforderten, daß sie als Waffe in der Hand des Arbeiters dienten. Tarifverträge bedeuteten Fesselung und Abseignung zugleich. Es komme hauptsächlich darauf an, was die Mitglieder aus den Tarifverträgen machten. Im weiteren behandelte der Redner noch die Einzelbestimmungen des neuen Reichstarifvertrages, wie auch den neu abzuschließenden Bezirksarifvertrag, der unter allen Umständen Bestimmungen über das Lehrlingswesen enthalten müsse. Auf eine Anfrage wurde von der Leitung erklärt, daß alles daran gesetzt werden würde, auch für Lehrlinge Urlaub durchzuführen. Um die Lehrlinge unter sich zusammenzuschließen, wurde aus ihren Reihen ein Obmann und ein Schriftführer gewählt. Der Obmann hat mit seinen Kameraden, nach den ihm vom Vorstand gegebenen Weisungen, Versammlungen abhalten, Anträge, Wünsche oder sonstiges dem Vorstand zu übermitteln und auch dafür zu sorgen, daß ein inniges Verstehen zwischen Gesellen und Lehrlingen herrscht. Im weiteren wurden noch die einzelnen Löhne der Lehrlinge festgestellt; es kann aber nicht behauptet werden, daß das Resultat ein erfreuliches ist: Es werden Lehrlingslöhne gezahlt im ersten Jahre von 1,50 bis 12 M., im zweiten Jahre von 4,50 bis 16 M. und im dritten Jahre von 10 bis 24 M. An diesem Mißverhältnis der einzelnen Stundenlöhne zueinander ist wohl am besten zu ersehen, wie dringend notwendig es ist, hier eine grundlegende Aenderung zu treffen und unbedingt dafür Sorge zu tragen, die Entlohnung der heutigen Zeit entsprechend zu gestalten. Wir werden alles daransetzen und bei den kommenden Tarifverhandlungen versuchen, ein anderes Verhältnis zu erreichen. Nachdem nun die Tagesordnung erledigt war, wurde unter städtischer Führung von Seidelberger Kameraden eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten vorgenommen. Mit dem Bewußtsein, einen denkwürdigen Tag miterlebt zu haben, verließen die Kameraden Seidelberg.

**Tilgt.** Am 12. August tagte unsere monatliche Mitgliederversammlung. Der zweite Vorsitzende erstattete Bericht über die Lohnverhandlungen der Zimmerer mit den Unternehmern. Vereinhart wurde eine Zulage von 20 %. Hiergegen machten die Zimmerarbeiter Einwendungen, da sie bei dem jetzigen Prozentsatz weit hinter den Zimmerern bleiben. Sodann erfolgte die Bekanntgabe der Abrechnung vom 2. Quartal. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Das Wiederaufnahmegericht des ausgeschlossenen Zimmerers Adomeit, der beim Streik der Zimmerer Tilgitz Streikbrecher wurde, rief eine rege Diskussion hervor. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für die Aufnahme; sie soll beim Zentralvorstand beantragt werden, sofern sich Adomeit zur Zahlung einer Geldbuße von 250 M verpflichtet.

**Sterbetafel.**

**München.** Am 19. August starb infolge Gehirnschlages unser Kamerad **Franz Haas**.

**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Vom Gerüst gestürzt ist in Altona der Zimmermann Hermann Rante aus Elmshorn, der im Lunapark beschäftigt war. Er erlitt Verletzungen am linken Fuß und an der rechten Hand, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten. — Auf dem großen Holzplatz der Firma Christoph & Unmack A.-G. in Neukölln brach bei der Probebelastung der neuen Kabel-Annanlage eines der aus Holz konstruierten Turmgerüste teilweise zusammen. Zimmermann Ladusch aus Nahmen verunglückte tödlich, während der Monteur Rendler von der Firma Weichert & Co. (Leipzig) schwere Verletzungen davontrug. Ein anderer Arbeiter wurde leichter verletzt. — Bei dem Umbau der katholischen Pfarrkirche in Bauerwitz in Obereschlesien stürzte ein Gerüst in einer Länge von 20 m ein. Ein Maurer wurde getötet, mehrere Arbeiter erlitten leichtere Verletzungen. — Ein schweres Bauunglück ereignete sich am 22. August im Norden Berlins auf dem Grundstück Sietliner Straße 10. Dort wird gegenwärtig die Anlage einer alten Gärtnerei abgerissen, um einem Neubau Platz zu machen. Aus bisher noch nicht geklärter Ur-

sache gab eine Wand plötzlich nach und begrub 6 Arbeiter unter ihren Trümmern. Die Feuerwehr konnte zunächst einen Schwerverletzten, den Arbeiter Wilhelm Mosenberg, aus dem Schutthaufen befreien. Er wurde mit einem schweren Bruch beider Unterschenkel nach dem Virchow-Krankenhaus transportiert. Ein zweiter Arbeiter, Ernst Krüger, konnte nur noch als Leiche geborgen werden. 4 andere Arbeiter wurden leichter verletzt.

**Ueber die Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter** gibt eine Statistik der Baugewerks-Verufsgeoffenschaft Aufschluß. Danach waren im Bauhaupt- und Baunebengewerbe im Jahre 1920 982 034 Vollarbeiter gegenüber 885 999 Vollarbeitern im Jahre 1919 beschäftigt. Da die Zahl der Vollarbeiter dadurch ermittelt wurde, daß die von der Berufsgeoffenschaft aus ihrem Versicherungsbereich ermittelten Arbeitszählungen durch 300 dividiert wurden, nimmt die „Soziale Bauwirtschaft“ an, daß die tatsächlich im Baugewerbe tätigen Personen auf mindestens 1 500 000 zu schätzen sind. Interessant ist auch, daß die Zahl der Arbeiter, die in Regiebetrieben arbeiteten, im Jahre 1920 bei staatlichen Unternehmungen 37 672, bei Gemeinden und Gemeindeverbänden 81 992 betrug. Nach diesen Ziffern arbeiteten etwa 12 % aller Bauarbeiter im Jahre 1920 in Regiebetrieben.

**Aus den Unternehmerorganisationen.**

Ein **Rheinisch-Westfälischer Baugewerbeverband** ist am 1. August gegründet worden. In ihm sind vereinigt die bisherigen 4 Bezirksverbände in Rheinland und Westfalen, nämlich der Westdeutsche Baugewerbeverband Essen, der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz, Köln, der Bergische Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Barmen, und der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu Düsseldorf. Dieser Verband wird, so bemerkt „Das Baugewerbe“, zu seinen Aufgaben nicht nur die Vertretung reiner Arbeitgeberfragen zählen, sondern sich auch die wirtschaftlichen und andern beruflichen und fachlichen Fragen sehr angelegen sein lassen. Die Art seines Vorgehens läßt allerdings die Absicht klar erkennen. Seine erste Handlung bestand nämlich darin, daß er den Arbeiterverbänden einen einheitlichen Tarifvertrag für das gesamte in Frage kommende Gebiet in Vorschlag brachte, obwohl der Reichstarifvertrag vorschreibt, daß in „zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten beziehungsweise Orten“ Lohn- und Arbeitsverträge geschlossen werden sollen. Was der neue Verband in den Lohn- und Arbeitsvertrag einzubeziehen beabsichtigt, geht über den Begriff des zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes wesentlich hinaus. In Arbeiterkreisen steht man diesem Verlangen ablehnend gegenüber. Der neue Verband wird sich daher, falls ihm daran liegt, daß Lohn- und Arbeitsverträge zustandekommen, wohl oder übel auf den Boden des Reichstarifvertrages stellen müssen.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Gesetz, betreffend Lohnstatistik.** Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1. Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats und des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten anordnen; vor dem Erlasse der Anordnung ist der zuständige Ausschuss des Reichswirtschaftsrats zu hören.

§ 2. Die Reichsregierung beruft auf Vorschlag des Reichswirtschaftsrats einen lohnstatistischen Beirat; der Beirat ist insbesondere bei der Aufstellung der Erhebungsmuster hinzuzuziehen.

§ 3. Die Kosten, die den Ländern durch die auf Grund dieses Gesetzes angeordneten Erhebungen erwachsen, trägt das Reich.

§ 4. Die Reichsregierung kann anordnen, daß Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark bestraft werden.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung (27. Juli) in Kraft.

**Briefkasten der Redaktion.**

Von den Berichten aus den Zahlstellen mußte infolge Raummangels der größere Teil bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

**Bekanntmachungen**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**  
(Ersatz- und Zuschußkasse in Hamburg.)  
Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St.  
Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. August 1922 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Augustwalde 1000 M., Bartenstein 4000, Berlin 1 8000, Berlin 3 5000, Berlin 4 5000, Berlin 5 4000, Berlin 6 5000, Berlin 7 6000, Berlin 8 10 000, Wrangenburg 500, Burg 1300, Gummer 1000, Cannstatt 1000, Charlottenburg 5000, Cöpenick 5000, Cuxhaven 800, Dachau 60, Dresden 2 1000, Flensburg 2000, Frankenthal 1000, Freiberg 485,20, Friedrichshagen 4000, Fulda 468,70, Fürstenwalde 2000, Görtz 1000, Großschachwitz 1 500, Halberstadt 1752,94, Helmstedt 300, Hirschberg 2000, Kellinghusen 1000, Konstanz 2004,65, Langendiebach 1000, Leipzig 4000, Lößnitz 500, Lübben 5391, Lübeck 2000, Mainz 3700, Mannheim 2000, Merseburg 1000, Müß 750, München 12 000, Münster i. W. 2519, Neukölln 14 133, Neuruppin 400, Neuwelzow 632,40, Nowa-wes 2500, Offenbach 1000, Oranienburg 2300, Oschatz 220,50, Pforzheim 1000, Pirnaisens 697, Pirna 500, Rostock 1200, Sachwitz 1700, Schöneberg 3000, Schwartau 200, Schwedt a. d. O. 803, Seemd 400, Seltau

774,50, Steglitz 2000, Steinbach (Zaunus) 382,30, Steinbet 2000, Straubing 33, Stuttgart 2000, Teltow 1200, Velten 800, Billingen 500, Wattencheid 2756,73, Wernigerode 1000, Wiesbaden 2500, Wildbad 2100, Wittenberg 400, Wittenburg 3000, Worms 800, Zellin 1800. Summa 171 763,92 M.

Zuschuß erhielten vom 1. bis 31. August 1922 die örtlichen Verwaltungen: Nachen 190 M., Arnstadt 900, Cottbus 350, Erfeld 75, Danzig 64,60, Darmstadt 302,50, Deutsch-Dissa 1408, Frankenthal 871, Fürstengrund 12, Göttingen 174, Großauheim 2000, Groß-Gerau 8, Grothtersleben 300, Hamburg 2 200, Hamm i. Westf. 130,15, Hanau 300, Heidingsfeld 64,80, Heilbronn 40,35, Hermannsburg 640, Hildesheim 500, Lauenburg 47,50, Lehn 153, Mölln 1800, Mühlberg 400, Raumburg 525, Ruhrodt 1000, Schönlanke 328, Wehrden 470, Würzburg 264,50. Summa 13 518,40 M.

Mit Beginn des 4. Quartals werden die Beiträge und Leistungen der Kasse in Abteilung A und B sowie das Sterbegeld erhöht. Es müssen daher im Laufe des Monats die Beiträge restlos eingezogen und die verbleibenden alten Marken mit der Abrechnung eingesandt werden. Alles Weitere wird den Ortsverwaltungen im Laufe des Monats noch mitgeteilt. Die Kassierer werden gebeten, das am Ort überflüssige Geld einzusenden und nicht nutzlos bis Quartalschluß am Orte liegen zu lassen.  
**Der Vorstand.**

**Versammlungsanzeiger.**

- Montag, den 11. September:**  
**Reudersburg:** Abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus“. Nienstadtstraße.
- Dienstag, den 12. September:**  
**Nachen:** Im Lokal von Rüd, Rudolfstr. 44. — **Chemnitz, Bezirk Hohenstein.** — **Serford:** Nach Feierabend bei Hillert, Brüderstraße. — **Löbau:** Nach Feierabend in Kerns Restauration, Schulgasse. — **Ulm:** Nach Feierabend in der Wirtschaft „Zur Insel“.
- Mittwoch, den 13. September:**  
**Uffhausen:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — **Duisburg-Wülheim a. d. R.:** Abends 6 Uhr bei Möller, Dickswall. — **Niedersachsen:** Nach Feierabend im Gasthof „Zum Stern“. — **Siegen:** Abends 7½ Uhr in der Wirtschaft von Wilhelm Jung, Sandstraße.
- Donnerstag, den 14. September:**  
**Glogau:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schalau, Taubenstr. 11. — **Benzig:** Eine halbe Stunde nach Feierabend. — **Siegen, Bezirk Ferndorf:** Abends 7½ Uhr in der Wirtschaft von Rottmann.
- Freitag, den 15. September:**  
**Bochum:** Abends 6½ Uhr bei Gust. Janzen, Marienstraße.
- Sonntag, den 16. September:**  
**Coswig:** Abends 8 Uhr im „Volkshaus“. — **Gelsenkirchen:** Abends 7 Uhr im „Tiergarten“, Marktstr. 11. — **Münster i. Westf.:** Abends 8 Uhr bei Aug. Brinmann, Krummer Timpen 29/30. — **Nienburg a. d. S.:** In der Herberge „Zur Feinat“. — **Ortelsburg:** Abends 6 Uhr bei Lipla, Am Markt. — **Witten:** Abends 6 Uhr bei Heinrich Röhmeier, Ardenstr. 104.
- Sonntag, den 17. September:**  
**Berlinchen:** Nachm. 8 Uhr im „Neuen Schützenhaus“. — **Essen:** Vorm. 10 Uhr in „Stadt Eberfeld“, Steeler Straße, Ecke Postallee. — **Gelsenkirchen, Bezirk Gladbeck:** Vorm. 10 Uhr bei Wormland, Ecke Kaiser- und Hochstraße. — **Hagen i. W.:** Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder- und Bergstraße. — **Immenstadt:** Vorm. 9 Uhr im Lokal „Weizenbrennerei“. — **Soldin:** Nachm. 3 Uhr im „Schützenhaus“.
- Freitag, den 22. September:**  
**Zena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

**Anzeigen.**

**Nachruf.**  
Es starb in unserer Zahlstelle **Ernst Vater**, geboren am 24. März 1858 in Saalfeld a. d. Saale.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Kameraden der Zahlstelle Schueverdingen.**

**Nachruf.**  
Im jugendlichen Alter von 15 Jahren starb am 18. August nach kurzer Mitgliedschaft der Zimmerlehrerling **Paul Grabscheid**.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Kameraden der Zahlstelle Potsdam u. Umg.**

**Zahlstelle Hamburg und Umgegend.**  
**Zahlstellenversammlung am Sonntag, 17. September.** Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschmelzung mit den umliegenden Zahlstellen. 3. Bericht über den Stand der Ortsvertragsverhandlungen. 4. Regulatorberatung. 5. Beratung der vorliegenden Anträge. 6. Verhandlungsangelegenheiten. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung müssen alle Zahlstellenfunktionäre erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich 9 Uhr eröffnet. Es ist mit einer längeren Dauer der Versammlung zu rechnen.  
**Der Vorstand.**

**Hermann Bernhardt**, Zimmerer (Buchnumm. 347 530), letzter Aufenthaltsort Velten, angeblich abgereist nach Westfalen, wird dringend um Angabe seiner Adresse ersucht. Kameraden, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, umgehend Nachricht zu geben an **Willy Lähnwitz**, Zimmerer, Velten i. B. Markt, Breitestraße, b. Pionke.